

## Fallende Einkommen in Deutschland – Ein Massenphänomen

- Die deutsche Politik hat nicht verstanden, dass nur über steigende Masseneinkommen die Wirtschaft zu beleben ist -

von

Heiner Flassbeck

FTD, ... 9. 2005

Haben die Deutschen so viel Angst vor den "einschneidenden Reformen", dass sie am 18. September den Reformern aller Lager eine Abfuhr erteilt haben? Glaubt man den führenden Kommentatoren der deutschen Medien und der Politikwissenschaft, wollten sie lieber in der bequemen Hängematte des Sozialstaates liegen bleiben, statt sich dem rauen Wind der Globalisierung zu stellen.

Da fragt man sich, ob einer der klugen Kommentatoren schon einmal einen Blick in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Deutschland geworfen hat. Ende August zum Beispiel verkündete das Statistische Bundesamt ein Ergebnis für das erste Halbjahr 2005, das zum Standardprogramm der deutschen Konjunktur zu werden scheint: Wachstum Null, Konsum minus. Obgleich die deutschen Exporte im rauen Wind der Globalisierung boomen, springt der Funke wieder nicht auf den privaten Verbrauch über. Ist es nicht diese Erfahrung, nämlich erfolgreich zu sein auf dem Weltmarkt, ohne dass die gewonnene Wettbewerbsfähigkeit positive Auswirkungen auf die eigene Situation hat, die die Menschen an dem Gerede über die "notwendigen Reformen" zweifeln lässt?

Die Erklärung für das Phänomen der gespaltenen Konjunktur ist äußerst trivial, wird aber wegen ideologischer Scheuklappen von dem meisten Beobachtern nicht mehr zur Kenntnis genommen. Die Einkommen in Deutschland fallen, folglich fällt der Konsum. Die Deutsche Bundesbank berechnet so genannte Masseneinkommen, das sind die Nettolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer zuzüglich der empfangenen monetären Sozialleistungen. Diese Masseneinkommen, die mit einer Billion Euro im Jahr eine herausragende Größenordnung besitzen, sind im ersten und im zweiten Quartal 2005 jeweils um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Selbst wenn man die übrigen Einkommen hinzunimmt, also vor allem Selbständigeneinkommen und Vermögenseinkommen, die noch einmal rund 500 Mrd. Euro ausmachen und kräftig gestiegen sind, blieb der Zuwachs des gesamten verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte mit 1,3 Prozent deutlich unter dem Anstieg der Verbraucherpreise, die um 1,7 % zulegen.

Die Kaufkraft der Privathaushalte ist folglich gefallen und die Haushalte haben darauf mit fallenden Ausgaben reagiert. So weit, so normal, weil kein vernünftiger Mensch erwarten kann, dass die privaten Haushalte derzeit ihre Ersparnisse drastisch reduzieren. Eine Änderung ist hier nicht in Sicht. Betrachtet man die entscheidenden Komponenten des verfügbaren Einkommens, wird klar, dass Deutschland weiter denn je von dem Punkt entfernt ist, an dem ein Funke von irgendwo auf die gesamte Konjunktur überspringen kann.

Die Masseneinkommen der Arbeitnehmer, die mit zwei Drittel der verfügbaren Einkommen darstellen, werden sich nicht von der Nulllinie lösen. Weder wird der Staat die Steuern ohne

Gegenfinanzierung drastisch senken, noch ist er willens, die monetären Sozialleistungen aufzustocken. Bleibt auch die Entwicklung der Bruttolöhne, die sich aus den Lohnerhöhungen- und -senkungen sowie der Veränderung der Beschäftigung ergibt, so gedämpft wie in den letzten Jahren (ebenfalls minus 0,2 % im ersten Halbjahr 2005), werden die Masseneinkommen real auf jeden Fall, vermutlich aber sogar nominal weiter fallen.

Die wirtschaftliche Schlussfolgerung ist einfach und dramatisch zugleich: Wer für den Aufschwung nur auf den Export und eine weitere Umverteilung von den Arbeitnehmern zu den Unternehmen setzt, setzt auf eine Variante, die in den vergangenen sieben Jahren exzessiv getestet worden ist und kläglich versagt hat. Seit dem Amtsantritt der Schröder-Regierung im Herbst 1998 sind die Entgelte der Arbeitnehmer (Bruttolöhne und Arbeitgeberbeiträge) nominal um knapp 12 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum haben sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um fast 34 Prozent erhöht. Ohne Berücksichtigung von Preissteigerungen hat der Export in diesen sieben Jahren um 55 % zugelegt, die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen um magere zehn Prozent, der private Verbrauch gar nur um sechs Prozent, das gesamte Bruttoinlandsprodukt wuchs um weniger als zehn Prozent. Von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit muss man da nicht mehr sprechen.

Die politische Schlussfolgerung ist ebenso einfach: Keine der viel beschworenen Reformen, weder die weichgespülten von Rot-Grün noch die harten von Schwarz-Gelb zaubern Beschäftigung und Einkommen aus dem Hut. Da in den rot-grünen Jahren selbst eine massive Umverteilung des Einkommens zugunsten der Investoren und ein gewaltiger Impuls aus dem Ausland nicht zu einer Wende in der Gesamtkonjunktur geführt haben, ist die Hoffnung auf Klein-Klein, auf weniger Bürokratie, mehr Flexibilität am Arbeits- und Gütermarkt oder institutionelle Veränderungen im Bereich Gesundheit und Renten als Heilsbringer geradezu lächerlich. Die deutsche Politik hat, im Gegensatz zu den USA und anderen erfolgreichen Ländern, nicht begriffen, dass nur über steigende Masseneinkommen und steigende Massennachfrage der Masse der Unternehmen positive Impulse zu vermitteln sind. War es angesichts dessen nicht klug vom deutschen Volk, am 18. September den Kleingärtnern eine kräftige Abfuhr zu erteilen?